

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Blatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein



Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeile 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingeladte die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hietz.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Vertrieb Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 200

Bad Schandau, Freitag, den 27. August 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichsminister Dr. Simons hatte auf seiner Rückreise aus der Schweiz eine Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Kahr. Eine eingehende Besprechung der politischen Lage ergab, wie amtlich mitgeteilt wird, in allen grundlegenden Fragen eine volle Übereinstimmung.
- * Der Reichsverkehrsminister lehnte mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches die von der thüringischen Staatsregierung geforderte Verreichlichung der thüringischen Privatbahnen ab.
- * Im Kampfe um den Steuerabzug ist es in Württemberg zu großen Arbeiterausperrungen gekommen.
- * Gerüchtweise verlautet aus Warschau, daß Abteilungen der zweiten polnischen Gardebataillon Ordnung eingenommen haben.
- * Nach einer Meldung aus London hat die englische Regierung die Beziehungen zu Sowjetrußland abgebrochen.
- * Der Bund der französischen Gewerkschaften hat den Anschluß an die Dritte (Moskauer) Internationale mit großer Mehrheit abgelehnt.
- * Wie aus Moskau gemeldet wird, beabsichtigt Sowjetrußland, Frankreich den Krieg zu erklären.

ähnlich, wofür durch die unsinnige Politik und die Vergewaltigungsmethoden der Franzosen im Saargebiet, in Elsaß-Lothringen, in den besetzten Gebieten am Rhein und nicht zuletzt auch in Oberschlesien weiterer Nährboden geschaffen ist. Sagt doch selbst ein so radikal-pazifistischer Politiker wie Herr Osterloh, der augenblicklich in Schlesien weilt und im Austrage der Regierung dort auf die Beruhigung der Gemüter wirken soll, ein Mann, der den Unabhängigen viel näher steht als den Mehrheitssozialisten, daß die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien zum Selbstschutz greifen muß, wenn die Interalliierte Kommission ihre aus dem Friedensvertrag resultierende Pflicht nicht erfüllt und dem blutdürstigen polnischen Aufstand nicht ein Ende bereitet. Wenn es schon soweit gekommen, dann ist die Lage tatsächlich die, daß wir auf einem offenen Pulverfaß sitzen, das jeden Augenblick in die Luft gehen kann. Die Atmosphäre ist gewittertschwanger, und die nächsten Tage schon müssen offenbaren, ob die dunklen Wolken sich wieder verteilen oder der verderbliche Blitz niederzuckt.

Der Terror in Oberschlesien.

Das polnische Bandenwesen.

Mit rücksichtsloser Gewalt suchen die polnischen Vergewaltiger ihren ausschließlichen Generalstreik aufrechtzuerhalten. Große Mengen deutscher heimattreuer Vergewaltiger können nicht zur Arbeit gehen. Es ist deshalb eine Bewegung im Gange, die Ausbruch findet in einer Auslassung der katholischen Volksstimme in Gleiwitz, wonach der Generalstreik der deutschen Vergewaltiger-Organisationen unbedingt zu erwarten ist, wenn nicht sofort seitens der Ententebehörden Maßnahmen getroffen werden, die den arbeitswilligen Vergewaltigern den ungehinderten Zutritt zu den Gruben und Bechen Gewähr leisten. Jedoch soll der Streik der Polen vor dem Zusammenbrechen stehen.

Insurgentenbanden auf dem Lande.

Die polnischen Banden haben die nähere Umgebung von Gleiwitz besetzt. Die öffentliche Gewalt in den Gemeinden und Dörfern reißt sie an sich. In Luban versuchten am Mittwoch die Polen das Gut des Grafen Welzbeck zu kürmen. Die herbeigerufene Sicherheitspolizei aus Gleiwitz schlug den Angriff ab. In Gleiwitz selbst ist es ruhig. Man rüflet sich zum Widerstand gegen bevorstehende Überfälle.

Es wird davon gesprochen, daß in den Städten, in denen die Ruhe in den letzten Tagen nicht gestört wurde, der Belagerungszustand aufgehoben oder wenigstens gemildert werden solle. Dagegen soll in den Landkreisen der Ausnahmezustand weiter bestehen bleiben. Die großen deutschen Blätter, die Kattowitzer Zeitung, das Königshütter Tageblatt und die Westdeutsche Morgenpost sind (letztere für den Kattowitzer Bezirk) noch immer verboten. Das Verbot des Oberschlesischen Wanderer in Gleiwitz ist aufgehoben.

Verurteilter deutscher Reichstagsabgeordneter.

In Doppel wurde der Reichstagsabgeordnete und Redakteur des sozialistischen Parteiorgans für Oberschlesien, Donski, durch das interalliierte Gericht zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Anklagevertreter hatte 2000 Mark Geldstrafe und drei Monate Gefängnis beantragt. Der Grund zur Anklage wurde in einem Artikel gesehen, der sich mit der Salbenverfälschung der Interalliierten Kommission beschäftigte und der zur Aufreizung und zum Ungehorsam der Beamten aufgefordert haben soll. Der Anklagevertreter begründete sein Strafmaß damit, daß Donski kein Unrecht auf Immunität habe, da der Reichstag nicht tagt und andererseits auch die Interalliierte Kommission die Teilnahme der Abgeordneten an den Reichs- und Landtagsverhandlungen verboten habe. Das Gericht sprach dem Abgeordneten tatsächlich den Schutz der Immunität ab.

Die neue deutsche Note.

Die der Vorsitzende der Deutschen Friedensdelegation in Paris an den Präsidenten der Friedenskonferenz im Anschluß an die Note vom 21. August über Oberschlesien überreichte, sagt u. a.:

Die Lage im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet hat sich seit dem 21. August in bedrohlicher Weise verschlimmert. Durch die Unruhen ist in der Kohlenförderung, auf die Deutschland zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen anerkanntermaßen angewiesen ist, eine bedenkliche Störung eingetreten. Damit wächst die Gefahr eines Stillstandes der Industrie und vermehrter Arbeitslosigkeit. Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung sind an der Tagesordnung. Es wird gemeldet, daß sich alliierte Truppen mit den Insurgenten verbündet haben. Die Interalliierte Kommission hatte bei Übernahme der Verwaltung in Oberschlesien bekanntgegeben, daß sie alle Unruhestifter, wer sie auch sein mögen, rücksichtslos und ohne Gnade verfolgen werde. Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeine Ordnung stören, revolutionäre Komplote versuchen, offen oder heimlich zum Widerstand gegen die Verwaltung aufbegehren, sollten aufs strengste bestraft werden. Der Zustand, in dem sich heute das Land befindet, steht mit dieser Kundgebung in Widerspruch. Er widerspricht aber auch dem Verträge von Versailles, nach dessen Bestimmungen die Interalliierte Kommission die Pflicht hat, das Land zu schützen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bewohner vor Schaden an Leben und Eigentum zu bewahren. Die Erregung der Bevölkerung, die sich dem Terror einer bewaffneten Minderheit preisgegeben sieht, wächst und kann zu Folgen von unabsehbarer Tragweite führen. Die Möglichkeiten zur Einwirkung sind für die Deutsche Re-

gierung gering, da ihr der unmittelbare Verkehr mit dem Abstimmungsgebiet verlagert ist. Von den ihr gebliebenen beschränkten Möglichkeiten macht sie Gebrauch, um eindringlich zur Ruhe und zur Besonnenheit zu mahnen. Ihre Mahnungen werden aber auf die Dauer nur dann Erfolge haben, wenn in der Bevölkerung das Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit wiederhergestellt wird. Dazu ist erforderlich, daß die einheimischen Insurgenten vollständig entwaffnet und die über die Grenze eingedrungenen Unruhestifter des Landes verwiesen werden, die Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Verwaltung der insurgierten Kreise und Orte den gesetzmäßigen Behörden zurückgegeben wird. Rasches Zugreifen ist nötig. Auch kommt es darauf an, daß die Anordnungen der obersten Stelle von allen Organen gewissenhaft befolgt werden. Wirksame Maßnahmen gegen eine Wiederholung der sich jetzt abspielenden Ereignisse sind unerlässlich. Die Alliierten Mächte werden dem deutschen Volke nicht zumuten wollen, schweigend mitanzusehen, wie Deutsche in Oberschlesien vergewaltigt werden.

Ausfahrungen in Breslau.

Sturm auf das polnische und französische Konsulat.

Breslau, 27. August. Für gestern nachmittag waren hier Protestversammlungen gegen die Greuel und Schandtaten der Polen in Oberschlesien angesetzt. Nach diesen Protestversammlungen zog die Menge vor das polnische Konsulat und stürmte es. Die Einrichtung wurde zertrümmert. Die Vermutung, daß die Menge auch das französische Konsulat kürmen würde, hat sich in den späten Abendstunden bestätigt. Die Menge verschaffte sich, da das Konsulat verschlossen war, vom Garten her Zutritt, zertrümmerte das ganze Mobiliar, warf die Akten auf die Straße und riß die Trikolore und sämtliche Schilder herunter. Hierauf zog die Menge vor das Hotel „Zu den vier Jahreszeiten“, wo einige Mitglieder der Ententekommission Wohnung haben. Sie drang auch dort in die Räume ein und warf die Einrichtungsgegenstände auf die Straße. Erst als eine Abteilung Sicherheitswehr erschien, ließ die Menge von weiteren Ausfahrungen ab. Auch vor polnisch-jüdischen Geschäften, so namentlich in der Antonienstraße, kam es zu bedrohlichen Ansammlungen. Die Menge suchte auch dort einzudringen, wurde aber von der Sicherheitspolizei daran verhindert.

Zuspitzung der Situation.

Nach einer Meldung des „Berl. Lokalan.“ aus Kattowitz spitzt sich die Situation immer mehr zu. Die Gleichgültigkeit, mit der die Entente dem Treiben der polnischen Banden zusieht, ruft unter der deutschen Bevölkerung große Erbitterung hervor, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir hier am Vorabend folgenschwerer Ereignisse stehen. — Die Polen verbreiteten gestern Flugblätter an die Vergewaltiger, in denen sie auffordern, zur Arbeit zurückzukehren. Sie behaupten in diesen Blättern, daß die interalliierte Kommission alle ihre Forderungen bewilligt habe.

Deutsche in polnischer Militärhaft.

Aus Schneidemühl wird gemeldet: Seit längerer Zeit befindet sich eine größere Anzahl angesehener deutscher Persönlichkeiten in polnischer Militärhaft, darunter seit dem 4. Juli auch der Pfarrer Papke aus Tuschel, der bis zum 21. d. M. noch nicht vernommen war. Er wird u. a. auch gezwungen, Spucknapfe zu reinigen. Mehrere andere Herren aus Thorn und Schlochau sind gleichfalls seit längerer Zeit unvernommen in Haft.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Die „Pol. Parl. Nachr.“ geben eine Meldung der Kopenhagener „Nationaltidende“ aus Warschau wieder, in der es heißt: „Der polnische Generalstab erläßt eine Erklärung, wonach die polnischen Truppen in Oberschlesien nicht etwa zur Westbergung Oberschlesiens, sondern nur zum Schutze der bedrohten polnischen Bevölkerung eingerückt seien.“

Berlin. Nachrichten aus Oberschlesien zufolge breitet sich der polnische Aufstand auf dem flachen Lande immer mehr aus. Das französische Militär verhält sich weiter passiv.

Beuthen. Generaldirektor Radtk von der Charlotten-grube in Anbnit, der von einer polnischen Bande überfallen und schwer mißhandelt worden war, ist seinen Verletzungen erlegen. Seine Frau liegt ebenfalls schwer verletzt daneben.

Beuthen. Die deutschen und polnischen Gewerkschaften haben sich geeinigt, zum Teil über den Kopf der Führer hinweg, und beschlossen, den Streik Donnerstag abzubauen. Die Gruben scheinen aber dem Abbruch nicht Folge leisten zu wollen.

Beuthen. Der polnische Streikabbruch hat bisher nur zur teilweisen Arbeitsaufnahme, darunter bis 60 %, geführt. In den Gruben um Beuthen zum Beispiel wird noch meistens gestreikt, so auf der Hohenzollern-Grube, Schleien-Grube, auf Sobanna-Schacht usw.

Vor einem neuen Weltkrieg?

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die russisch-polnischen Friedensverhandlungen in Wlask als gescheitert zu betrachten sind. Abernennende Meldungen aus russischer, englischer, polnischer und holländischer Quelle umschreiben die polnische Antwort auf die russischen Bedingungen als eine glatte Weigerung. Tschischtscherin telegraphiert im Namen nach London, der grundlegenden Zug der polnischen Antwort auf die russisch-ukrainischen Vorschläge sei lediglich eine Kritik und nichts, was irgendwelchen positiven Vorschlägen von polnischer Seite gleichkäme. Die Polen stützen lediglich und verlangen die Zurückziehung der bolschewistischen Bedingungen, geben aber selbst keinerlei Grundlage für den Frieden an, kein Programm und nichts, was geschäftsmäßig oder sachlich aussehe würde. Sie schlagen nicht einmal eine klar umschriebene Grenze vor, sondern lehnen sogar die „Curzonlinie“ ab. „Sie verweigern“, sagt Tschischtscherin, „alles, was das Substantielle irgendwie treffen könnte, und Kritik ist das einzige, was sie geben. Durchaus übereinstimmend damit meldet der holländische „Nieuwe Courant“, von den fünfzehn russischen Punkten werde nur einer, der sich auf die Mobilisierung bezieht, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit gutgeheißen. Die Forderung der Herausgabe des Kriegsmaterials und der Entwaffnung wird mit Entrüstung abgewiesen. Die Punkte, die sich auf die Bildung einer Arbeitermiliz und auf die Verfügung Rußlands über die abgetretene Bialystok-Graben beziehen, werden als unannehmbar erklärt. Die in der Note Lord Curzons angegebene Grenze wird als unannehmbar bezeichnet. Die Demarkationslinie sollte nach polnischer Auffassung der kategorischen Lage entsprechen. Die Verteilung von Land in die Hinterbliebenen der gefallen polnischen Krieger wird abgelehnt, weil sie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und somit eine Verletzung der Souveränitätsrechte Polens bedeute. Die übrigen russischen Forderungen werden abgelehnt.

Dieser polnischen Haltung entspricht es durchaus, wenn in der polnische Außenminister, Fürst Sapieha, den bolschewistischen Vorschlägen, die weiteren „Friedensverhandlungen“ in Wlask nach Warschau zu verlegen. Angeblich, weil die Verkehrs- und Verbindungsmöglichkeiten in Wlask sehr unannehmbar sind. In Wirklichkeit würde aber damit so-wohl symbolisch die Wandlung der Lage zum Ausdruck kommen. Würde in Warschau verhandelt, dann sind es nicht die Russen, die den Frieden bestimmen, ihm seinen eigentlichen Inhalt und seinen Charakter und sogar den Namen geben, sondern die Polen. Und hinter ihnen natürlich die Franzosen und die Engländer, die sich, wenigstens in der Distanz, seit der jüngsten Schwankung Lloyd Georges in Luzern wieder durchaus im französischen Schlepptau bewegen.

Nun erhält die Meldung, daß Kamenew und Krassin, die bolschewistischen Abgeordneten in London, ihre Pässe verlangt haben und England verlassen wollen, eine ganz besondere Note durch die aus der Schweiz herübergegebene Mitteilung von unterrichteter englischer Seite, die britische Regierung habe die Beziehungen zur Sowjetregierung abgebrochen. Gleichzeitig meldet die Moskauer „Pravda“, das bekannte bolschewistische Organ, im Rate der Sowjets sei ein Sicherheitsantrag gestellt worden, der eine Kriegserklärung Sowjetrußlands an Frankreich fordert und diesen Antrag damit begründet, daß die Franzosen sowohl der polnischen wie russischen Pässe als auch den süd-russischen Truppen Generals Wrangel aktive Hilfe leisten. Nimmt man diese Nachricht hinzu, daß die Russen neue Verstärkungen aus Zentralrußland nach der Memellinie entsenden und der Kern der russischen Armeen daraus intakt geblieben ist, so daß schon in den nächsten Tagen mit einer neuen russischen Offensive gerechnet werden kann, daß ferner die Danziger Ententegarnison um 25 000 Mann verstärkt werden soll, die offenbar als Kanonensputzer für die Bolschewisten bestimmt sind, so steht dies alles ganz zweifellos dem Wetterleuchten eines neuen Weltbrandes